Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 45. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto: Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 1/2 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) —.— Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 38 — Dienstag, den 15. Februar 1921. — 44. Jahrgang

England und Amerika.

Dieser Tage hat ein an sich harmloser Vorgang blitzartig die weltpolitische Spannung beleuchtet, die trotz allem in der Luft liegt. In einer vertraulichen Presse-Besprechung hat der gegenwärtig in London weilende englische Botschafter in Washington Sir Auckland Geddes bei Erörterung des Verhältnisses zwischen England und Amerika auf die heute noch schlummernden, aber doch schon vorhandenen Gegensätzlichkeiten zwischen den beiden Mächten hingewiesen. Es soll dabei die Aeußerung gefallen sein: **die beiden Staaten treiben einer Entwickelung zu, die zum Kriege führen könnte.** Diese Aeußerung die ein amerikan scher Journalist unter Bruch der Vertraulichkeit an die amerikanische Presse lancierte, hat in Amerika eine ungeheure Aufregung hervorgerufen! Man empfindet dort schon längst den Druck als lästig, der durch den fortgesetzten Versuch Englands, **auch das amerikanische Wirtschaftsleben unter Kontrolle und Vormundschaft zu halten,** erwächst. Außerdem ist England gegenüber Amerika sehr mißtrauisch wegen des umfänglichen amerikanischen Flottenbaues. Wie es heißt, soll der englische Botschafter in Amerika gerade zur Besprechung dieser letzten Fragen gegenwärtig in London geweilt haben. Geddes hat übrigens früher schon in der Oeffentlichkeit, in England gehaltenen Reden den Amerikanern Ratschläge zu erteilen sich für berufen gefühlt. Er hat dabei darauf verwiesen, daß die von Amerika betriebene Konkurrenz im Ausbau der Flotte einerseits und in der Ausgestaltung des industriellen Lebens, in Ausnutzung des Weltkrieges andererseits allmählich zu einer **politischen Kollision führen müssen.** Den gleichen Gedanken hat jetzt Geddes, freilich in etwas schärferer Form, ausgesprochen. So unrecht freilich hat er nicht, daß solche Dinge, wenn hinter ihnen auch zweifellos anfänglich keine weltreicherchen Absichten stehen, doch mit einer gewissen **Zwangsläufigkeit** zu den ernstesten polit schen Katastrophen führen müssen. Man darf in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß Bernhard Shaw, der englische Dichter, der sich auch viel mit politischen Problemen befaßt, jüngst folgende Sätze geschrieben hat: „Jeder, der mit einigem diplomatischen Fair begabt sei, müsse erkennen, daß die **weltpolitische Entwickelung beinahe schon unaufhaltsam zu einer englisch-amerikanischen** Auseinandersetzung hintreibe, **zu einem Krieg um die britische Weltgeltung, der schlimmer, brutaler, pest lenzischer sein werde als der Weltkrieg und der auf der einen Seite Amerika und Mitteleuropa, auf der anderen Seite England und Frankreich im Bunde sehen werde.**

Diese Konfliktsmöglichkeiten, die gegebenenfalls „zwangsläufig" zu kriegerischen Zusammenstößen führen können, werden im Anschluß an die Aeußerungen des Botschafters Geddes nun auch in der amerikanischen Presse ganz offen besprochen. Frank Crane schrieb in Newyorker Blättern soeben einen aufsehenerregenden Artikel, der den Titel trägt: „Was wird ein Krieg zwischen Amerika und England bedeuten?" Hier finden sich folgende Sätze, die sachlich durchaus richtig sind, aber unter den gegebenen Verhältnissen in England sowohl wie in Amerika geradezu explosiv wirken müssen. Es heißt da: „Wir sagen, daß ein Krieg zwischen Amerika und England unmöglich ist; aber das ist nicht wahr: alles ist möglich. Selbstverständlich wünscht niemand in den beiden Ländern einen Krieg, aber man muß daran erinnern: **Kriege werden nicht geplant, sondern sind eine Folge plötzlicher Explosionen.** Ein Krieg gegen England würde die Mobilisierung entlang der kanadischen Grenze bedeuten. Ein Krieg gegen England würde ferner ein Bombardement von London oder Newyork sowie einen Zusammenstoß der zwei größten Flotten herbeiführen. Wenn ein solcher Krieg entstände, würde er den völligen Untergang eines der kämpfenden Staaten bewirken."

Wir können all diese Dinge gewissermaßen von der Zuschauerloge aus betrachten. Weltgeschichtliche Entwickelungen reifen freilich nicht in Monaten oder Jahren! Aber es ist doch ein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß im Lager derjenigen, die sich als die Hüter des Weltfriedens aufzuspielen belieben und die mit Abrüstungsforderungen und mit dem Völkerbund ihre eigentlichen weltpolitischen Hintergedanken zu verschleiern suchen, unter dem angeblichen Zeichen „einer unverbrüchlichen Solidarität", „einer ewigen Entente" noch zwei Jahren schon von kriegerischen Konflikten gesprochen wird, denen man „unweigerlich zutreibe"! Der Ansicht sind wir freilich auch, daß sich hier Dinge mit einer furchtbaren Zwangsläufigkeit entwickeln, die allen Versuchen, wie sie jetzt in Paris wieder gemacht worden sind, als ob man der Weltgeschichte befehlen könne, stille zu stehen, spotten!

In diesem Zusammenhange ist es auch von Interesse, in Erinnerung zu bringen, daß schon am 22. Dezember vorigen Jahres **Lloyd George** mit dem deutlichen Augenzwinkern auf Amerika hin erklärt hat, wenn das Wettrüsten nicht aufhöre, dann sei eine neue Weltkatastrophe unvermeidlich. Auch diese Aeußerung hat in Amerika dazu beigetragen, die an sich nicht rosige Stimmung gegen England noch weiter zu verschlechtern. Da inzwischen aus dem amerikanischen Kongreß, wie auch aus der Umgebung des demnächst sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten antretenden Harding Informationen und Me nungsäußerungen dahingehend kommen, daß Amerika den Flottenbau in vermehrtem Umfange als bisher fortsetzen müsse, so ist die in obigem Artikel besprochene Aktion des britischen Botschafters in Wash ngton zweifellos wohlüberlegt und darauf berechnet gewesen, ein Warnungszeichen an die Amerikaner zu geben. England kann und wird nicht dulden, daß die amerikanische Flotte die englische überragt. Würde ein solcher Status eintreten, dann wäre ja Englands Weltherrschaft und vor allem Seeherrschaft nicht mehr unbestritten. Englands ganze Stellung in der Welt hängt von der zukünftigen Entwickelung all dieser Fragen ab, damit aber auch das Schicksal Europas und unser eigenes Geschick.

Die polnische Gefahr.

Wie Polen an unserer Grenze rüstet.

Breslau, 14. Febr. Zu den polnischen Truppenansammlungen meldet die „Landeszeitung":

Es steht fest, daß gegenwärtig **alle Leute Posens bis zum 25. Lebensjahre einberufen** werden. Auch die zunächst bis zum 15. März zurückgestellten untauglichen Mannschaften müssen sich bis zum 15. Februar erneut melden. Die in der Zeit vom November 1920 bis Januar 1921 beurlaubten gedienten Jahrgänge 1889—1895 und 1901—1902 sind von den Truppenteilen zurückbeordert worden. **Neuer Urlaub wird nur in Uniform und sogar mit voller Waffenausrüstung erteilt.** Es ist anzunehmen, daß **Polen im kommenden Monat 16 Jahrgänge unter den Waffen haben wird.** Im „Monitor Polski" ist eine Verordnung veröffentlicht, wonach die im Dienst stehenden Soldaten in drei Kategorien eingeteilt werden. Die Mannschaften der Jahrgänge 1899 bis 1900 und 1901 werden als im **aktiven Dienst** stehend betrachtet, die Jahrgänge 1889—1890 einschließlich werden als **Reserve** angesehen. Die Jahrgänge 1880—1889 gelten **als Landwehr,** während alle anderen noch beim Heere stehenden Soldaten als **Landsturm** betrachtet werden. Zugleich geht die **Bereitstellung von Kriegsmaterial in riesenhaftem Ausmaße** vor sich. Jeden Tag rollt ein Materials- und Munitionszug nach Po'en. Umausgesetzt werden **Flugzeuge** und **Kanonen** transportiert und die Ausrüstung der Armee wird ununterbrochen fortgesetzt. **Im Grenzgebiet ist die Zusammlung einer großen Zahl von Panzerzügen** beobachtet worden, wovon die in Polen stehenden teilweise unter Dampf gehalten werden. Ferner wird gegenwärtig beim 139. Infanterie-Regiment in **Bromberg von französischen Offizieren ein Stoßtrupp-Bataillon** ausgebildet. Die Grenzwache ist verschärft worden.

*

Wenn der Friedensschluß zwischen Polen und Sowjetrußland wirklich endgültig zustande gekommen ist, so bedeutet das für Deutschland eine **neue ernste Gefahr im Osten.** Indem Polen an seiner Ostgrenze die Hände freibekommt, wird das polnische Heer zur Verwendung nach Westen hin frei. Gewiß bedarf Polen heute angesichts seiner trostlosen wirtschaftlichen und finanziellen Lage dringend des Friedens. Aber gerade die wirtschaftliche Not wird für die polnische Regierung ein Anlaß sein, sich **ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Volksabstimmung** um jeden Preis des wirtschaftlich so überaus wertvollen **Oberschlesiens zu bemächtigen.** Es kann im Ernst gar nicht bestritten werden, daß schon jetzt starke polnische Truppenmassen drohend an den deutschen Grenzen sich ansammeln. Nach zuverlässigen Nachrichten stehen 14 000 polnische Soldaten an der ostpreußischen Grenze, 20 000 Polen in Westpreußen 42 000 Polen an der polnisch-oberschlesischen Grenze und 54 000 Polen in der ehemaligen Provinz Posen Das ist ein Heer von insgesamt 130 000 Mann, dicht an unserer Grenze versammelt. **Eine ganz offene Kriegsdrohung!** Ostpreußen ist durch diese polnische Truppenansammlung völlig vom Reich abgetrennt. Der ganze Aufmarsch der polnischen Truppen weist auf die Absicht eines **Einfalles in Schlesien** hin, der **durch einen gleichzeitigen Ueberfall Ostpreußens** zu einem **verhältnismäßig leichten Unternehmen** gestaltet werden könnte. Deutschland steht zur Verteidigung nur seine **Reichswehr von 100 000 Mann** zur Verfügung **Die ostpreuß. Einwohnerwehr** soll gerade in diesem Augenblick der Gefahr für Ostpreußen auf Befehl des Verbandes **entwaffnet** werden. Es ist zu befürchten, daß Polen im Augenblick, wo der Friedensschluß mit Moskau zustandekommt, einen weiteren großen Teil seines Heeres von den polnischen Ostgrenzen an die oberschlesische und ostpreußische Grenze hinüberwirft. Die Reichsregierung hat wegen der bedrohlichen polnischen Truppenansammlungen dicht an den deutschen Grenzen bereits einmal in London, Paris, Warschau und Rom Vorstellungen erheben. Man hat dort auf Grund polnischer Angaben die deutschen Behauptungen teils ganz abgestritten, teils geantwortet, es handle sich um polnische Abrüstungsmaßnahmen. Inzwischen ist aber festgestellt worden, daß Polen seine Heere überhaupt nicht abrüstet, sondern nur einen Teil der Soldaten beurlaubt, andererseits aber auch wieder Neueinziehungen vorgenommen hat. Insbesondere sind die Regimenter, die sich an der deutschen Grenze befinden, auf voller Kriegsstärke belassen worden. Auf Grund dieser Tatsachen hat die deutsche Regierung nunmehr ihre Vorstellungen bei den Regierungen Polens und des Verbandes erneuert.

Zweifellos dürfte diese Gefahr im Osten in den nächsten Wochen ernst werden. Man begreift jetzt auch, daß der Verband sich **weigert,** seine Entwaffnungsnote überhaupt zu erörtern. In einer Aussprache würden natürlich von deutscher Seite **die Deutschland bedrohenden ungeheuren Truppenansammlungen** an seiner Ostgrenze **zur Begründung der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der ostpreußischen Einwohnerwehr angeführt werden. Auf englischer Seite bestand in der Tat anfangs eine gewisse** Neigung gerade die ostpreußischen Einwohnerwehren zur Abwehr einer in Betracht zu ziehenden Bolschewistengefahr zu belassen. Gerade hiergegen aber ist von polnischer Seite aufs schärfste Sturm gelaufen worden. Offenbar besteht hier ein ganz planmäßiges Zusammenarbeiten der Polen und Franzosen mit dem Endziel, **auf jeden Fall Oberschlesien den Polen in die Hände zu spielen.** Fällt die Abstimmung trotz aller polnischen Ränke nicht nach dem Wunsch der Warschauer Staatsmänner aus, so werden die Polen unbedingt den Versuch machen durch eine gewaltsame Besitzergreifung Oberschlesiens eine vollzogene Tatsache zu schaffen. Man wird in ähnlicher Weise vorgehen, wie man es im Falle Wilna mit so großem Erfolge getan hat. Wehrt sich Deutschland gegen den polnischen Einfall nach Oberschlesien, so werden die Polen durch einen Einmarsch in Ostpreußen die deutsche Reichswehr zwingen, sich zu zersplittern Die deutsche Verteidigungsfront würde in diesem Falle so lang sein, daß die 100 000 Mann Reichswehr bei weitem nicht ausreichten, um die Reichsgrenzen mit Erfolg gegen die Polen zu beschützen.

Alles deutet auf einen ganz einheitlichen, **zwischen Polen und Franzosen abgekarteten Plan** hin, der in Wirksamkeit treten wird, sobald die Abstimmung in Oberschlesien keine polnische Mehrheit ergibt. Polen hat soeben den Franzosen große wirtschaftliche Zugeständnisse gemacht, die Frankreich eine Vorzugsstellung in bezug auf die Einfuhr nach Polen einräumen und die die ohnedies so stark passive polnische Handelsbilanz zugunsten Frankreichs noch zu verschlechtern geeignet sind Offenbar hat Polen hierfür von Frankreich **Gegenleistungen** erhalten. Diese können aber nur in bestimmten geheimen Abmachungen zwischen Pilsudski und Briand über Oberschlesien bestehen. Frankreich wird Deutschlands Entwaffnung durchsetzen, damit Polen ohne Gefahr Oberschlesien rauben kann. Während man sich in Deutschland über die bayrischen Einwohnerwehren herumstreitet, zieht sich die Gefahr im Osten immer bedrohlicher zusammen. Deutschland aber darf in London nicht einmal über die e Dinge sprechen. Es soll sich schweigend berauben und ausplündern lassen und trotzdem alles bezahlen, was man von ihm verlangt.

Die äußerste Grenze der französischen Zugeständnisse.

Paris, 14. Febr. **Die Pariser Presse hebt hervor, daß das Vertrauensvotum für Briand zugleich eine Warnung sei, nicht mit einem ungünstigeren Ergebnis als demjenigen von Paris von London zurückzukommen.** Der Sturz der Regierung wäre in diesem Falle gewiß und würde unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Das Parlament habe deutlich gesagt, daß Frankreich die äußerste Grenze seiner Zugeständnisse gezeigt habe.

*

An wen sie diese Warnung richtet, ist nicht ganz klar. Sie kann an die Adresse der Verbandsbrüder gerichtet sein, einen Bruch mit Frankreich zu vermeiden. Sie kann sich aber auch auf Briand selbst beziehen, dessen Stellung zweifellos von den Ergebnissen der Londoner Konferenz abhängt. Frankreich fürchtet für seine wirtschaftliche Existenz, falls Deutschlands Wünschen irgendwie nachgegeben wird. Daher der Erregungszustand, in dem sich Kammer und Presse nun schon seit Wochen befinden und der von gewissen Kre sen bewußt bis zur Siedehitze gesteigert wird. Der Umfall Lloyd Georges in Paris war ja auch nur so zu erklären, daß es gelungen war, ihn von dem bevorstehenden Ruin Frankreichs zu überzeugen, vor dem es nur eine Rettung gäbe: die Mill arden Deutschlands.

Das Steuerdruckverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich.

In Frankreich wird bekanntlich von den Verfechtern der Pariser Forderungen mit Vorliebe betont, der französische Steuerzahler sei erheblich höher belastet als der deutsche. Die Gesamtbelastung an Steuern und Abgaben (an Reich, Länder und Gemeinden) beträgt in Wirklichkeit aber in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung 753,87 Mark. In der Denkschrift des Völkerbundes, die der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel im Herbst vorigen Jahres vorgelegen hat, war sie auf Grund älteren Materials noch auf nur 474,90 Mark berechnet. Die Steuerbelastung in Frankreich beträgt nach der Denkschrift des Völkerbundes auf den Kopf der Bevölkerung 416,80 Francs. Die Denkschrift nimmt das Durchschnittseinkommen Deutschlands mit 3900 Mark, in Frankreich mit 3200 Francs auf den Kopf der Bevölkerung an. Wenn man sich auf den Boden dieser Zahlen stellt und, wie es die Denkschrift tut, sie in Dollars umrechnet, beträgt nach dem Kurse vom 31. Januar dieses Jahres in Deutschland das Durchschnittseinkommen 60,84 Dollar und die Steuerbelastung 11,75 Dollar, in Frankreich das Durchschnittseinkommen 225,92 Dollar und die Steuerbelastung 29,42 Dollar. In Deutschland muß daher die Bevölkerung 20 Prozent ihres Durchschnittse nkommens an den Staat abführen, während der Franzose nur 13 Prozent seines Durchschnittseinkommens an den Staat abzugeben hat. Danach ist die steuerliche Belastung in Deutschland sehr viel schwerer als in Frankreich und d es besonders, wenn man berücksichtigt, daß kleinere Einkommen viel weniger abgabefähig sind als größere. Setzt man das Existenzminimum für Deutschland und Frankreich auf den Kopf der Bevölkerung auf etwa 40 Dollar an, so bliebe, — wenn man, wie die Gegner es tun, die Steuerbelastung valutamäßig vergleicht — als das steuerfähige Durchschnittseinkommen in Deutschland ein Betrag von etwa 180 Dollar. Es dürfte für die Franzosen ungleich leichter sein, von 180 Dollar 29,42 Dollar für Steuerzwecke zu erübrigen, als für die Deutschen von 20 Dollar 11,75 Dollar abzugeben.

Sonntag ist Preußenwahl! Wähler und Wählerinnen tut Eure Pflicht!

London, Stuttgart und München.

Ansichten und Aussichten.

Paris drängt.

Amsterdam, 15. Febr. Die Londoner Konferenz wird, wenn nicht in letzter Stunde noch unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten, wie vorgesehen am 21. Februar eröffnet werden. Wie es heißt, soll man besonders in Paris darauf drängen, die Londoner Konferenz am 21. Februar beginnen zu lassen, auch wenn die Delegation Mustafa Keschals nicht rechtzeitig eintrifft. Man ist im allgemeinen gespannt, welche Vorschläge Staatssekretär **Bergmann** mitbringen wird, der gestern aus Berlin nach Paris zurückgekehrt ist. Man vermutet, daß er mehr Proteste als wirkliche Vorschläge präsentieren werde. Was die Erfüllung der Verpflichtungen anbelange, so ist man bereit, die deutsche Delegation in London anzuhören. Man glaubt, daß von deutscher Seite die Erlaubnis zur Annahme einer internationalen Anleihe gegeben wird, wobei die englischen, amerikanischen und neutralen Finanzleute durch deutsche Bergwerke, Eisenbahnen und Eisenbahnmaterial … gedeckt würden. Man wird in Pariser Kreisen … in der Annahme bestärkt, daß Deutschland von der Gelegenheit Gebrauch machen wird, sich den Besitz Oberschlesiens zu sichern und die Rückgabe eines Teiles seiner Handelsflotte zu fordern.

Das Echo der Stuttgarter Rede in Paris.

Die französischen Kommentare zur Rede Dr. **Simons** in Stuttgart lassen erkennen, daß man in **Frankreich** über die Festigkeit und die Zuversicht, mit der der deutsche Außenminister die Entschädigungsfrage und die deutschen Gegenvorschläge behandelte, verblüfft und betroffen ist. Fast alle Pariser Blätter sind der Ansicht, daß Deutschland nur nach London gehe, um über die Abänderung des Friedensvertrages zu diskutieren und darüber zu verhandeln, wie die Pariser Abmachungen am geschicktesten zu umgehen seien. Aus ihnen allen hört man die Sorge heraus, die ihnen ein eventl. Eingehen Englands und Italiens auf die deutschen Einwände verursacht. … ein festes Auftreten der Regierungen auf jeden Versuch der deutschen Vertreter, die Alliierten zu einem Nachgeben in dem oder jenem Punkte zu veranlassen, gefordert. Sehr scharfe Töne schlägt das Journal des Debats an, das u. a. sagt: Der Minister habe aufs neue erklärt, daß das Abkommen von Paris als Verhandlungsgrundlage unannehmbar sei. Man könne nicht gestatten, daß die Minister in Berlin und Wien offizielle Kundgebungen wie in Stuttgart veranstalten. Die deutschen Vertreter wären nach London berufen, nicht um über die Revision des Friedensvertrages zu verhandeln. Sie hätten nur Vorschläge über die beste Ausführung der Methoden der in Paris getroffenen Entscheidungen vorzutragen. Man dürfe nicht dulden, daß von einer Revision des Friedensvertrages gesprochen werde.

Auch der Temps meint, die Stuttgarter Rede gebe vor allem denjenigen Recht, die die Notwendigkeit anerkannt haben, zu handeln. Die deutsche Regierung gehe nach London mit der Absicht, das Abkommen abzulehnen, weil der ersten Drohung im Reichstag keine Sanktion gefolgt ist.

Petit Parisien sagt, Simons habe vernehmen lassen, daß Deutschland in London verlangen werde, daß man die in Paris festgesetzte Schuldsumme herabsetze. Diese Herabsetzung sei wahrscheinlich die einzige Sache, die die Alliierten Deutschland auf keinen Fall bewilligen würden. Was das übrige Abkommen anbetreffe, werde man zweifellos die Bemerkungen Deutschlands mit lebhaftem Interesse anhören. Die Alliierten wollten Deutschland für die Zahlung seiner Schuld kein vollkommen feststehendes System aufzwingen, aber nur unter der Bedingung könnten Abänderungen stattfinden, durch die der Betrag der deutschen Schuld, wie ihn die Pariser Konferenz festsetzte, nicht herabgemindert werde.

Nach dem **Petit Journal** enthält die Stuttgarter Rede nur einige ziemlich vage Andeutungen über die deutschen Gegenvorschläge. Es handelt sich, wie es scheint, um einen Mobilisierungsplan der deutschen Schuld mit Unterstützung amerikanischer und neutraler Finanzgruppen. Das Blatt meint jedoch, man dürfe nicht vergessen, daß nach dieser Richtung nichts Ernsthaftes unternommen werden könnte, solange der Regierungswechsel in Amerika sich nicht vollzogen habe und so lange die neue Regierung nicht effektiv die Leitung der Geschäfte in der Hand habe, was nicht vor der zweiten Hälfte des Monats April eintreten werde.

Der … Inhalt der bayrischen Note.

Das vorgestern durch den bayrischen Gesandten dem Reichskanzler übergebene Schreiben der bayrischen Regierung vom 11. 2. gibt den schon aus den Veröffentlichungen der letzten Tage bekannten Standpunkt der bayrischen Regierung in der Einwohnerwehr- und Entwaffnungsfrage **wieder**, wonach die Einwohnerwehr **für das bayerische Volk** eine Lebensnotwendigkeit darstelle, und **betont** ferner, daß sie **den Entschluß der Reichsregierung, ohne die Londoner Verhandlungen abzuwarten, an die Ausführung der Entwaffnung heranzutreten, für verhängnisvoll** halte. **Wenn die Reichsregierung gleichwohl in Verfolg ihres Standpunktes Maßnahmen zum Vollzug der Entwaffnung vornehmen** zu müssen glaubt, müsse die bayrische Regierung die Verantwortung für die Maßnahmen der **Reichsregierung** überlassen.

Dr. Simons vor Vertretern der Presse.

Stuttgart, 14. Febr. Der Reichskommissar des Auswärtigen Dr. **Simons** empfing heute in der Preßabteilung des Staatsministeriums die **Vertreter der Presse**. Er wies dabei darauf hin, daß der Preßdienst in Spaa seinerzeit versagt habe und Havas und Reuter uns mit ihren Meldungen hätten zuvorkommen können, weil von Spaa aus den deutschen Vertretern ein ganz ungenügender Nachrichtenapparat zur Verfügung gestanden habe. Die Preßabteilung des Auswärtigen Amts müsse mehr einen journalistischen Zug gegenüber dem bisherigen bureaukratischen erhalten. Leider müsse sie aus finanziellen Gründen stark zurückgeschnitten werden. Wie er sich das **Verhältnis** des Journalisten zum Politiker denke, habe er aus Anlaß des Jubiläums des Reichsverbandes der deutschen Presse in Berlin ausgesprochen. Die Aufgabe der Presse sei es, den Regierungen ihre Arbeit zu erleichtern. Auch in der Kritik sollte sie sich von Grundsätzen leiten lassen, die unsere Stellung gegenüber dem Ausland eher stärken als schwächen, denn wir müssen bedenken, daß unsere Gegner auch immer noch unsere Feinde seien. Die **innerpolitische Lage**, die er in seiner gestrigen Rede absichtlich nicht gestreift habe, sei wohl gespannt, aber praktisch doch nicht so, daß man nicht über die Schwierigkeiten hinweg zu einer Einigung gelangen könnte. Der Minister brachte dabei die nicht wegzuleugnenden Gegensätze zwischen der Reichsregierung und der Mehrzahl der deutschen Landesregierungen einerseits und **Bayern** andererseits zur Sprache, betonte aber nachdrücklich dabei, daß in ihrer praktischen Auswirkung die Gegensätze lange nicht so tiefgreifend seien, wie sie vielfach dargestellt würden. Er sprach die feste Zuversicht aus, daß wir auch über diese Schwierigkeiten glücklich hinwegkommen würden. Er habe es sich zur Aufgabe gemacht, die äußere Politik nicht vom Studierzimmer in der Wilhelmstraße aus zu machen, sondern in **enger Berührung mit dem deutschen Volk**. Dazu sei auch nötig, daß der Minister des Aeußern zu den Ländern komme.

Die Aburteilung der „Kriegsschuldigen".

Berlin, 15. Febr. Die Frage **der Aburteilung der „Kriegsschuldigen" tritt**, wie das „Achtuhr-Abendblatt" hört, in ein neues Stadium. Die deutsche Regierung hat bekanntlich **außer der großen Liste der Kriegsschuldigen**, die ungefähr 900 Namen enthält, auch eine **kleine Liste erhalten**, in der 45 Fälle zuerst vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommen, damit aus dem Ergebnis der Verhandlungen erkannt werden könne, ob Deutschland den guten Willen hat. Von diesen 45 Kriegsschuldigen müßten von vornherein **13 ausgeschieden werden**, da sie tot oder nicht auffindbar sind. Gegen die übrigen 32 wurde sofort nach dem Spaa-Abkommen ein **Ermittelungsverfahren** eröffnet, das in einigen Fällen bereits abgeschlossen werden konnte. Gegen den größten Teil der Beschuldigten liegt aber nur **geringes Beweismaterial** vor, so daß sich die deutsche Regierung veranlaßt sah, an die Verbandsstaaten, die die Aburteilung der Kriegsschuldigen verlangen, **das Ersuchen zu richten**, ihr das für die Einleitung eines Gerichtsverfahrens nötige **Material zur Verfügung zu stellen. Rumänien, Serbien und Griechenland** haben auf dieses Ersuchen der deutschen Regierung **überhaupt nicht geantwortet, Italien** und **Frankreich** haben zwar Material eingesandt, das aber **für die Aufnahme eines Gerichtsverfahrens nicht ausreicht**. Und nur **England hat** über 7 Kriegsbeschuldigte eine eingehende Darstellung der ihnen zur Last gelegten Verbrechen übersandt, die aber gleichfalls **konkretes Material vermissen läßt**. Um ein Gerichtsverfahren gegen diese Kriegsschuldigen nach der deutschen Strafprozeßordnung überhaupt einleiten zu können, sind genaue Zeugenaussagen und eine eventuelle Gegenüberstellung von Angeklagten und Zeugen nötig. Die deutsche Regierung hat sich jetzt an die englische, französische und belgische Regierung mit der Anfrage gewandt, ob diese geneigt sind, **Vertreter der deutschen Regierung von ihren Gerichten** zu empfangen, damit durch eine **persönliche Fühlungnahme** die Frage der Kriegsschuldigen einer endlichen Lösung zugeführt wird. **Belgien und Frankreich haben nicht geantwortet, England hat sich bereit erklärt**, einen Vertreter der deutschen Regierung vor seinen Gerichten zu empfangen. Der deutsche Vertreter, ein höherer Beamter des Auswärtigen Amtes, wird sich Mitte dieser Woche nach London begeben.

Reichsminister als Wanderredner.

Reichswehrminister Geßler in Bochum.

Bochum, 14. Febr. Reichswehrminister Dr. Geßler **sprach** gestern **abend** in einer Massenversammlung in Bochum über das Pariser Diktat und Deutschlands Zukunft. Er **warnte** vor irgendwelchen Hoffnungen **auf Amerika**. Amerika wurde nur prüfen, inwieweit **die amerikanischen Interessen in Deutschland** geschädigt würden. Minister Geßler gab der Auffassung Ausdruck, daß wir **vielleicht schon im März, spätestens im April** in eine **schwere Krisis** gedrängt würden dadurch, daß die Entente versuchen wird, uns ihren Willen gewaltsam aufzuzwingen. Dr. Geßler wurde während seiner Ausführungen fortgesetzt **von den Kommunisten** unterbrochen, die offenbar gekommen waren, um die Versammlung zu sprengen. Die Aussprache verlief äußerst stürmisch, und die Versammlung konnte nicht regelrecht beendet werden. Ein Kommunist hatte die Stirn, Hindenburg als Kriegsverbrecher hinzustellen. Der darauf einsetzende Lärm war so stark, daß der Redner seine Ausführungen abbrechen mußte.

Reichsfinanzminister Wirth in Münster.

Münster, 14. Febr. Auf Veranlassung der Zentrumspartei sprach hier der Reichsfinanzminister Dr. **Wirth** über die bevorstehenden **Londoner Verhandlungen**. Wenn wir in London nur ein Diktat entgegennehmen sollen, dann sei er der Auffassung, daß die deutschen Minister erst gerufen werden müßten, die nach London gehen. Mit Vernunft und Gefühl sollte die deutsche Regierung nach London gehen. Daß die gesuchte Verständigung uns große Opfer auferlegen würde, sei selbstverständlich, aber man könne keine Vermögenswerte geben. Die Arbeit müsse die Grundlage sein, auf der in London verhandelt wird. Niemals werde es eine deutsche Regierung geben, die ihr Ja unter ein Verklärungsdiktat setze. Auch für die Arbeiterwelt seien die Londoner Verhandlungen von großer Bedeutung.

Das Saargebiet.

Deutsche oder französische Interessen-Vertretung?

Die Regierungskommission des Saargebiets übertrug bekanntlich vor längerer Zeit die Wahrnehmung der Auslandsinteressen der Bewohner des Saargebiets der französischen Regierung. Im Zusammenhange hiermit richtete die Reichsregierung verschiedene Noten an die Regierungskommission des Saargebiets und an den Völkerbund.

In einer bereits einige Zeit zurückliegenden Note erklärte die Reichsregierung, die Wahrnehmung der Interessen des Saargebiets … durch die französischen Vertretungen nicht anerkennen zu können. Die Wahrnehmung dieser Interessen durch Frankreich wäre mit dem Versailler Vertrag unvereinbar, da das Saargebiet dem übrigen Deutschland gegenüber nicht Ausland ist.

Kürzlich hat die Reichsregierung sich mit der anderen Seite dieser Frage beschäftigt, nachdem ein im Amtsblatt der Regierungskommission des Saargebiets veröffentlichtes Schreiben der französischen Regierung bekannt wurde, wonach diese sich bereit erklärte, den im Ausland ansässigen Saarländern den Schutz der französischen diplomatischen und konsularischen Agenten angedeihen zu lassen. Die Reichsregierung macht darauf aufmerksam, daß hier ein Versehen vorliegen müsse, denn der **Friedensvertrag** kennt keine **Saarländer**, sondern nur Bewohner des Saargebiets und gibt nur bezüglich der Bewohner, d. h. der Bevölkerung, die ihren Wohnsitz im Saargebiet selbst haben, der Regierungskommission das Recht, für die Wahrnehmung ihrer Auslandsinteressen zu sorgen. Von Personen aber, die aus dem Saargebiet stammen und anderswo wohnen, d. h. von sogenannten Saarländern, spricht der Vertrag an keiner Stelle. Die Reichsregierung hat deshalb eine Berichtigung des Schreibens der französischen Regierung beantragt und im übrigen erklärt, daß sie den Schutz der im Auslande ansässigen und im Saargebiet beheimateten Personen insoweit für sich beansprucht, als diese die Reichsangehörigkeit besitzen.

Eine Unterredung mit Kaiser Wilhelm.

„Mein Volk hat sich selbst, seinen Gott und mich verraten."

Wir hören aus Amsterdam:

Der holländische Journalist Petermeier hatte im Herbst in Amerongen mit dem ehemaligen Kaiser angeblich eine Unterredung, über deren Verlauf er erst jetzt berichtet. Nach einer Einleitung, in der er die Aufmachung der Amerongener Zufluchtsstätte schildert, gibt der Ausfrager seine Unterredung folgendermaßen wieder. Der Kaiser sagte: Ich denke mit Vergnügen an Lippe-Detmold zurück. Im Jahre 1888 war ich da auf der Durchreise, im nächsten Monat besuchte ich als Kaiser meinen unvergeßlichen Freund, Kaiser Franz Josef in Wien. **In Rom besuchte ich den König — wer hätte damals denken können, daß einem der Freund zum verräterischsten Feinde der Welt wird. Man hat mich zwar manchmal gewarnt, und nicht ohne Absicht habe ich dem Italiener Viktor Emanuel 1913 meine Flotte in Kiel gezeigt.** Das Problem der Nibelungen wird Sie doch auch interessieren? Wie stark und kerngesund muß ein Volk gewesen sein, das solche Helden hervorgebracht hat! Um so mehr wird es sich fürchterlich rächen, wenn ein so urwüchsiges Volk sich selbst, d. h. seinen Nationalstolz verleugnet. **Mein Volk hat sich selbst, seinen Gott und mich verraten. Schon während des Krieges sorgten die Sozialdemokraten dafür, die sind in erster Linie schuld. Jeder deutsche Soldat, der während des Krieges nach seiner Heimat** zu Frau und Kindern **nach kurzem Urlaub wiederkehrte**, wurde systematisch **bearbeitet, d. h. geistig** verdorben. Sie kehrten unter falschem, niederträchtigem Einfluß zurück an ihre Arbeit — aber sie waren ja keine Soldaten mehr. **Dann versuchten** sie ihre treuen Kameraden zu bearbeiten, und nur zu oft ist ihnen solches gelungen. Nie hätten wir den **Krieg verloren**, wenn mein Volk sich selbst treu **geblieben wäre. Hunger und Not hätten wir schon überwunden** — auch trotz **der bitteren Tatsache, daß Amerika unserem ewigen Feinde Britannien die Hand reichte. Der Verrat Deutschlands bedeutet das Todesurteil, und achten Sie darauf, wie Gott die ganze Welt geißelt:** alles Böse rächt sich hier auf Erden. **Die** ganze Welt hat **Gott** verleugnet, **nicht nur mein Volk hat** seinen Gott verleugnet. 26 Jahre habe ich allein den Kampf geführt, um meinem Volk den Frieden zu erhalten. Da wurde mir von meinen besten Freunden das Schwert des Friedens aus der Hand geschlagen. Ich habe den Krieg ja nie gewollt. — Als Petermeier auf Holland zu sprechen kam, sagte der Kaiser: Deutschland hatte ja immer große Sympathien für Holland. Aber eines muß ich Ihnen doch sagen: Es fehlt Ihrem Volke die deutsche Disziplin.

Die Vorbereitung der Gegenvorschläge.

Berlin, 15. Febr. Der am 9. Februar in der Sachverständigenkonferenz im Auswärtigen Amt eingesetzte engere Arbeitsausschuß zur Vorbereitung der deutschen Gegenvorschläge wird seine **Beratungen** nicht, wie ursprünglich in Aussicht genommen, am Montag den 14. Februar, sondern erst **Donnerstag** den 17. Februar aufnehmen. Der Ausschuß hat, nachdem noch zahlreiche Persönlichkeiten ihre **Mitarbeit** angeboten haben, entgegen der ursprünglichen Absicht, eine wesentliche Erweiterung erfahren.

Die Kohlenlieferungen.

Paris, 1. Febr. Der „Temps" meldet, daß am 1. März eine Beratung der Reparationskommission mit deutschen Kohlensachverständigen stattfinden wird, um das Lieferungsprogramm für den Monat … zu bestimmen. Für die Monate Februar und … bleibt es bei den vorgesehenen Lieferungen von 2 200 000 **plus 250 000 Tonnen Rückstände**.

Die Bergarbeiter des Saarreviers gegen die hohen Ruhrkohlenlieferungen an den Verband.

Saarbrücken, 1. Febr. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter hielt eine Reihe von Versammlungen ab, in denen einstimmige Entschließungen gefaßt wurden, die verlangen, daß Frankreich … die Kohle der französischen Saargruben Absatz schaffe. Es sei unverständlich, daß Deutschland monatlich über 200 000 Tonnen Ruhrkohle, die die deutsche Volkswirtschaft sehr benötige, mehr an den Verband abliefern soll, während bei den Saargruben kein Platz mehr für die Kohle vorhanden ist. Die Resolution fordert, bei dem **Bureau des Internationalen Bergarbeiterverbandes** zu erreichen, daß ein Teil der zu liefernden Ruhrkohle in Deutschland verbleibt, um so für die Saarkohle Absatzmöglichkeiten zu schaffen. In Versammlungen des Deutschen Bergarbeiterverbandes wurden gleiche Entschließungen gefaßt.

Ein Vorspiel in Oberschlesien.

WTB. Breslau, 15. Febr. **Wie die „Schlesische Volkszeitung" aus Kreuzburg** in Oberschlesien meldet, **erhielten gestern bei den Stadtverordnetenwahlen die Liste** der vereinigten **deutschen Parteien 5188**, die **Liste der Polen 276 Stimmen**.

Dasselbe Blatt berichtet aus Oppeln, daß der bekannte **polnische Agitator** Schuhmachermeister **Motesch nach Hinterlassung von 250 000 Mark Schulden flüchtig** ist. Ueber sein Vermögen wurde die Beschlagnahme verfügt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er über die polnische Grenze entkommen ist.

Der mehrheitssozialistische Polizeidirektor Voetz aus Halle

hat wegen der gegen ihn von der Halleschen Zeitung gerichteten Angriffe das Disziplinarverfahren gegen sich bei der Regierung in Merseburg beantragt. Das genannte Blatt beschuldigte ihn u. a., in seinem Dienste Agitation für seine Partei getrieben zu haben und auch den Erlös aus dem Verkauf beschlagnahmter Gewehre unregelmäßig verwendet zu haben.

Um den Anschluß an Deutschland.

Wien, 14. Febr. Nach einer parteiamtlichen Mitteilung fand heute eine Sitzung der **Reichsparteileitung** der **Großdeutschen Volkspartei** statt, in der von allen Rednern betont wurde, daß die Partei mit allen Mitteln für die raschste Durchführung der **Volksabstimmung** über den Anschluß an Deutschland zu bringen habe.

Die Not der geistigen Arbeiter.

Wien, 14. Febr. Wie die „Rathauskorrespondenz" meldet, überreichte eine Abordnung des Zentralrats der geistigen Arbeiter Oesterreichs der Reparationskommission eine Denkschrift, in der im Namen von 130 berufenen Verbänden der geistigen Arbeiter die Bitte ausgesprochen wird, die Reparationskommission möge geeignete Schritte unternehmen, um das zur Zeit in Oesterreich lohndrückend wirkende Ueberangebot an geistigen Arbeitskräften durch Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für geistige Arbeiter im Auslande aufzuhalten und durch Kreditgewährung und Frachttariferleichterungen für Konsumgenossenschaften tatkräftig bei der Rettung dieser von der fortschreitenden Verelendung betroffenen Bevölkerungsschichten mitzuwirken.

Neue Differenzen!

London, 15. Febr. Zwischen England und den Vereinigten Staaten sind neue Differenzen wegen der Verteilung der deutschen Kabel entstanden.

Japan und Amerika.

London, 15. Febr. „Daily Telegraph" meldet aus Washington, die Ablehnung des Rüstungseinschränkungsantrages im japanischen Repräsentantenhaus habe anscheinend in Washington großen Eindruck gemacht. Man sehe diesen Beschluß als die Antwort Tokios an auf die Absicht des amerikanischen Senatsausschusses für Marinefragen, eine Flotte zu bauen, die der jeder anderen Macht gleichkäme."

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 15. Februar.

Narrenhände beschmutzen Haus und Wände.

Der Wahlkampf zu den bevorstehenden Landtags-, Provinziallandtags- und Kreistagswahlen hat sich bisher in mehr oder weniger gut besuchten Wahlversammlungen u. Zeitungsanzeigen der verschiedenen politischen Parteien abgespielt. Seit einigen Tagen ist er aber auch — man darf nichts sagen leider — in Form der verschiedenen Wahlplakate auf die Straße getragen worden. Wer die stille Hoffnung hegte, daß uns diese aus dem Vorjahr noch gedenkende bekannte Art des Wahlkampfes "ie diesmal erspart bleiben würde, hat sich schmerzlich enttäuscht sehen, denn schon wieder kann man an den unmöglichsten Stellen an den Häuserwänden die Wahlplakate kleben sehen. Wir haben an sich gegen den Umfang politischer Anschauungen auf Plakaten, vornehmlich dann, wenn es sich um künstlerisch wertvolle Erzeugnisse handelt, nichts einzuwenden. Wir wollen es aber, und glauben damit im Sinne der Allgemeinbürgerschaft zu handeln, auf das entschiedenste bekämpfen, daß ausgerechnet die Häuserwände, insbesondere dann, wenn es sich um irgendeinen parteipolitischen Gegner handelt, zum Austrag dieses Kampfes gemacht werden. Wie mancher Hausbesitzer denkt noch mit Schrecken an die vorigjährigen parteipolitischen „Zierden" seines Hauses und ihre mit viel Mühe, Aerger und Kosten verbundene Entfernung von seinen Hauswänden zurück. Wir möchten jedem Hausbesitzer allen Ernstes raten, und es gibt ja zum Glück gesetzliche Bestimmungen, rücksichtslos im Interesse der öffentlichen Sauberkeit gegen diejenigen politischen Parteien vorzugehen, die ein Haus auch in diesem Jahre wieder mit einer Anschlagsäule verwechseln. Zur Ehre der politischen Parteien wollen wir annehmen, daß es wohl mehr jugendlich begeisterte Parteifanatiker sind, die in geradezu unangebrachter Form ihrem Parteifanatismus an den Häusern politisch Andersdenkender Ausdruck geben. Wir fürchten, daß die auf solche Art herausbeschworenen Geister sich in den nächsten Tagen in der unangenehmsten Form zum allgemeinen Aergernis bemerkbar machen werden. Im Interesse der öffentlichen Sauberkeit möchten wir an alle Kreise unserer Bevölkerung die dringende Bitte richten, von jeder weiteren Kleberei abzusehen und einigen Klebefanatikern vorkommendenfalles ganz gehörig auf die Finger zu klopfen. sel.

*

— **Deutsche Volkspartei.** Die Mitglieder und Freunde der Deutschen Volkspartei möchten wir nochmals auf die heute abend 8 Uhr im Gasthof „Zur Haute" stattfindende Wählerversammlung, in welcher Kache Rahmlow-Dortmund und Oskar Funcke-Hagen sprechen, aufmerksam machen.

Beide Redner sind durch ihre vielseitige Tätigkeit als Parteibeamtin bezw. als klardenkender Wirtschaftspolitiker der Kleineisenindustrie viel zu bekannt, um noch ausdrücklich empfohlen zu werden. Es wird um zahlreichen Besuch der Versammlung gebeten.

— **Zentrumsverein.** Alle Helfer und Helferinnen, Vertrauensleute, Wirtshauswirte, Damen und Herren sind dringend gebeten, sich zu einer „Arbeitssitzung" heute abend 8 Uhr im Vereinszimmer einzufinden. Wer helfen kann, komme. Jetzt gilt es, praktische Arbeit zu leisten.

— **Zentrumsverein.** Zu einer mächtigen Kundgebung gestaltete sich die gestrige öffentliche Wählerversammlung in deren Mittelpunkt die Wahlrede des Prof. Dünnebacke-Dortmund stand. Von dem großen Königsberger Philosophen Kant hinüber zum marxistischen Sozialismus ging die geistige Reise. Redner zeigte in markanter Weise diese gründen und wohl durchdacht, daß einzig allein das Christentum die Worte und die Kräfte besitzt, die zur Volksgesundung führen werden. Nur auf dem Boden der christlichen Solidarität, der ausgleichenden Gerechtigkeit ist Heil und Hoffnung. Nur dort werden die Klassengegensätze überbrückt. Tosender Beifall lohnte diese meisterliche Glanzleistung. Der Vorsitzende Duchöne hat den Redner, den brausenden Beifall zu betrachten als Dank für die gestrige Spende, als Gruß der Gevelsberger treuen Zentrumswählerschaft und als Wunsch, ihn bald wieder in unserer Mitte zu sehen. Der zweite Teil: „freie Aussprache" gestaltete sich zu einem bunten Abend in des Wortes wahrster Bedeutung. Ein politischer Spaßmacher Winterhoff bot in seiner kläglichen Unfähigkeit ein jammervolles Bild eines Diskussionsredners, der dann schließlich auf die beliebten und bekannten Beschimpfungen auf Christentum und Religion sich eine ekelerregende Blöße holte. Mit einem warmen und kraftvollen Treugelöbnis auf das Zentrum schloß der Vorsitzende um 9½ Uhr.

— **Der Obst- und Gartenbauverein** verteilt an seine Mitglieder am Donnerstag den 17. Febr. von 2—7 Uhr Thomasschlacken bei Schelter, Feuerstr. 46. Der Ztr. kostet 46 Mk. Wir bitten unsere Mitglieder, die angegebene Zeit zur Abholung einzuhalten, damit dem Verteiler die Zeit nicht unnütz genommen wird. (Siehe Anzeige.)

— **Die freie wirtschaftl. Vereinigung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen** hielt am Samstag ihre diesjährige Generalversammlung ab. Zum Geschäftsberichte wurde folgendes ausgeführt: Die Vereinigung hat in letzter Zeit durch zwei Neugründungen örtlicher Art eine gewisse Krise durchgemacht, die aber als beendet gelten kann. Von mehr als 500 Mitgliedern traten etwa 50 aus. — In der Aussprache erklärte eine Reihe Kameraden, daß die Neugründungen ihre Mitglieder — bewußt oder unbewußt — falsch unterrichteten. Der niedrige Jahresbeitrag der abgesplitterten Vereine (2 Mk.) lasse den Anschluß an einen größeren Verband nicht zu. Sie hätten sich dadurch der Rechte berauben lassen, die nur eine größere Organisation bieten könne. Einen Einfluß auf die Zusammensetzung des Kriegsbeschädigtenbeirats-Ministers, sowie auf die Vertretung am Versorgungsgericht und im Reichsarbeitsministerium-Berlin besitzen alleinstehende, nicht angeschlossene Gruppen nicht. Auch auf die Zusammensetzung des hiesigen Beirats könnten sie keinen Einfluß ausüben. Ferner schienen sie keine Kenntnis darüber zu haben, daß ohne Einwilligung der hiesigen Fürsorgestelle oder des Wohlfahrtsamtes keine Geldsammlungen veranstaltet und daraus ohne weiteres Unterstützungen gezahlt werden dürften. Vielmehr müßte über die Verwendung der Eingänge der Fürsorgestelle Bericht gegeben werden unter Hinweis auf ihre Sammlungen. Es wäre gewiß zu begrüßen, wenn der Fürsorgestelle größere Geldmittel zur Verfügung gestellt würden, um die wirklich notleidenden Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zu unterstützen, da die vom Reich überwiesenen Mittel recht knapp wären. Aber ein einmaliges Hereinholen selbst von 12—13 000 Mk. wäre nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Dem Leiter der Fürsorgestelle würde dadurch die Sorge für die Kriegsbeschädigten auf die Dauer kaum nennenswert erleichtert. Hier könnte nur großzügige Staatshilfe mit Erfolg eingreifen, wofür Wege zu weisen, Sache der großen Verbände wäre. — **Die Versammelten schlossen sich diesen Ausführungen einstimmig an und erledigten in die em Sinne auch die Frage des D. B.** Bis auf einen kamm. Kameraden wurde beschlossen, den Anschluß unserer Ortsgruppe zum D. B. aufzugeben, falls dieser der Spaltungstaktik von kommunistischer Seite nicht Herr werde. Es wurde gutgeheißen, daß der Vorstand bereits die Zahlung zum D. B. gesperrt habe. Es soll der Ostern stattfindende Bundestag abgewartet und dann entschieden werden, ob die Ortsgruppe dem D. B. wieder angehören oder ob er im Einheitsverbande verbleiben werde. — Die Neuwahl des satzungsgemäß zurückgetretenen Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Riemeyer 1. Vors., Frau Schmidt 2. Vors., Holdberg 1. Kass., Prinz 2. Kass., Fleckenhaus 1. Schriftf., Frau Pannicke-Vogelsang 2. Schriftf., Ofschewsky, Desonlaine, Frau Deutz-Vogelsang, Frau Naumann, Frau Weiter als Beisitzer. Ferner wurde beschlossen, daß die Versammlungen für Vogelsang wegen des weiten Weges dort stattfinden sollen. — Die Fürsorgetätigkeit soll vorläufig durch Bezirkskassiererinnen ausgeübt werden. — Die anregend verlaufene, gut besuchte Versammlung zeigte, daß bei aller Meinungsfreiheit Geschlossenheit und Einmütigkeit herrsche, wozu der vom Kam. Mündelein erstattete aufklärende Bericht vom Sonntag zu Essen nicht wenig beigetragen hat.

Theater und Musik.

Städt. Schauspielhaus Hagen.

Die heute Dienstag stattfindende Aufführung „Die Meistersinger von Nürnberg" findet außer Abonnement statt. In der am Mittwoch stattfindenden Aufführung „Martha" singt die Partie der Nancy — Annie Krahlow. Am Donnerstag geht bei Abonnement B der überaus lustige Schwank „Der Raub der Sabinerinnen" in Szene.

Sprechsaal.

Nochmals ein Appell an die Mieter!

Folgendes Schreiben des Haus- und Grundbesitzer-Vereins dient zum Sammelruf für diejenigen Mieter, die dem Mieter-Verein noch fernstehen:

Herrn . . .

Im Auftrage des Haus- und Grundbesitzer-Vereins teile ich Ihnen mit, daß selbiger in gestriger Sitzung beschlossen hat, weitere Verhandlungen mit dem Mieter-Verein nicht zu führen, da selbige zwecklos erscheinen.

Hochachtend!
(Unterschrift.)

Wie aus dem Schreiben ersichtlich, verzichten die Haus- und Grundbesitzer auf eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Mieter-Verein, jedenfalls in der Annahme, ihre Interessen intensiver vertreten zu können. Die Signatur des Schreibens trägt indirekt den Kampf gegen die Mieter. Es ist das gute Recht des Haus- und Grundbesitzer-Vereins, seine Interessen wahrzunehmen und eine Unterbindung der Verhandlungen seinerseits mit dem Mieter-Verein kann man ihm gar nicht einmal verargen. Aber umso mehr kann man es den dem Mieter-Verein nicht angeschlossenen Mietern übel nehmen, daß sie den Weg noch nicht zu dieser Organisation gefunden haben, die ihre Interessen vertritt. Wahrlich, die Haus- und Grundbesitzer haben recht, wenn sie auf ihre eigene Kraft pochen, zumal die Mieter ihnen selbst die Waffen liefern, mit der sie geschlagen werden. Ein großer Teil der Mieter übt dem Mieter-Verein gegenüber keine Solidarität; sie zahlen, ohne mit den Wimpern zu zucken, jeden von den Hausbesitzern verlangten Mietsbetrag; sie zeigen sich wohl groß im Schimpfen am Biertisch und auf der Straße, scharen sich aber nicht um ihren Führer, der da heißt: Mieter-Verein! Der Mieter-Verein ist berufen, dem Haus- und Grundbesitzer-Verein, der das Licht der Welt eher erblickte als der Mieter-Verein, ein Paroli zu bieten. Große ernste Fragen für die Zukunft werden schon von den Haus- und Grundbesitzern ventiliert und wer mit kritischen Augen den letzten Versammlungsbericht des Haus- und Grundbesitzer-Vereins studiert, kann ermessen, wohin der Kurs gehen soll. In dem Artikel wird der Höchstmieten-Erlaß als ein belastendes Ungewitter für die Hausbesitzer bezeichnet. Sie wünschen also eine Aufhebung des Erlasses, d. h. eine Hinaufschraubung des Mietspreises bis zur höchsten Potenz. Auch Einbußen während des Krieges wollen die Hausbesitzer erlitten haben, sie vermissen den Dank der Mieter. Das Gegenteil ist der Fall: Die Mieter haben ihren Dank dadurch bekundet, daß sie mit dazu beigetragen haben, den Feind auch vom Hausbesitz fernzuhalten. Während des Krieges sind keinerlei Reparaturen in die Erscheinung getreten, sodaß eventl. Einbußen als ausgeglichen betrachtet werden können. Durch das Mieterschutzgesetz soll man ihnen den Hut über die Ohren gezogen haben. Gesetzt den Fall, das Schutzgesetz würde unter den heutigen Umständen aufgehoben, was wäre die Folge? Den Mietern würde der Hut nicht nur über die Ohren, sondern sogar bis über den Mund gezogen. Warum die Behauptung, die Mietseinigungs-Aemter neigten nach links? In Gevelsberg hat man davon verteufelt wenig gespürt. Da mögen die Herren Hausbesitzer sich doch von dem Vorsitzenden des hiesigen Mietseinigungs-Amtes eines besseren belehren lassen. Und warum der Kampf gegen die 20-Prozent-Festsetzung? Der Kampf ist doch nicht vonnöten! Der größte Teil der Mieter zahlen, da sie ihre Zeit nicht erkannt, schon jetzt 30, 40, 50, ja sogar bis 100 Prozent über die Grundmiete. Oder wollen die Hausbesitzer eine Schraube ohne Ende erkämpfen? Original ist der Satz: „Die Aufhebung jeglicher Zwangswirtschaft bringt einzig Heil und Ordnung; und sie muß fallen und wird fallen durch die — Mieter." Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Die Hausbesitzer denken wohl an die Aufhebung der Zwangswirtschaft der Eier, des Fleisches usw., die heute noch herrliche Blüten trägt und ihnen gewiß als Schemel dienen soll. Wäre es nicht vorteilhafter für den Haus- und Grundbesitzer-Verein gewesen, Verhandlungen mit dem Mieter-Verein anzubahnen, damit — man muß gerecht sein — dem Haus- und Grundbesitzer sowie dem Mieter-Verein die Bäume nicht in den Himmel wachsen? Da aber nach Ansicht des Haus- und Grundbesitzer-Vereins Verhandlungen mit dem Mieter-Verein zwecklos sein sollen, ergeht der Appell an die Mieter, sich restlos dem Mieter-Verein anzuschließen, damit Waffen geschmiedet werden können zum Kampf gegen ungerechte Forderungen.

K. W.

Amtl. Berliner Devisen-Kurie

Für Zahlung	12. Februar Geld	12. Februar Brief	14. Februar Geld	14. Februar Brief
Holland 100 Gulden	1958 00	2002 00	1973 00	1977 00
Belgien 100 Frk.	441 55	442 45	451 55	453 45
Norwegen 100 Kr.	1001 40	1003 60	1028 55	1031 05
Dänemark 100 Kr.	1068 90	1068 10	1063 90	1066 10
Schweden 100 Kr.	1303 65	1308 35	1288 20	1293 80
Finnland 100 finn. M.	1178 80	1181 20	1190 80	1193 20
Italien 100 Lire	211 75	214 25	210 00	212 50
England 1 Pfd. St.	2270 00	2275 00	2230 00	2240 00
Amerika 1 Dollar	87 49	88 01	86 94	87 06
Frankreich 100 Frk.	423 50	426 50	415 05	418 95
Schweiz 100 Frk.	940 55	948 45	931 55	938 45
Spanien 100 Pes.	0 00	0 00	794 20	795 80
Oesterreich 100 Kr.	0 00	0 00	0 00	0 00

Kohlenbericht
des Kreiselektrizitätswerks Schwelm.
Kraftstation Gevelsberg.

Datum	Eingang t	Verbraucht t	Bestand t
12. 2.	107	85	811
13. 2.		30	781
14. 2.	257	112	926

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Boswinckel
für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Herkenrather
, beide in Gevelsberg.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Todes-Anzeige.

Nach langem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden entschlief heute morgen gegen 7 Uhr unsere liebe Tochter und herzensgute Schwester

Aenne

im Alter von 24 Jahren.

In tiefer Trauer:
Karl Wehdeking u. Kinder.

Gevelsberg, den 15. Februar 1921.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause Kölner Str. 40 aus, statt. Trauerfeier ½ Stunde vorher.

Erstklassige, moderne
Schreibmaschinen
Kontor-Möbel
Papier- und Schreibwaren
preiswert sofort lieferbar
Adolf Strathmann
Inh.: J. Knappe
Mittelstrasse 1 Telefon 609.



Heute eingetroffen:
Frischer
Schellfisch,
große grüne
Heringe.
Adolf Bertram,
Telefon 698.

Hebe Linn
30 Eichenstämme
zu verkaufen. Durchmesser 20—40 cm. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

Militärwagen
gut erhalten, mindestens 60 Zentner Kohlen fassend, zu kaufen gesucht
Hellenkeil & Dürkolt, Milspe.

Junger Mann,
welcher seine drei. Lehrzeit 1. April beendet,
sucht Stellung
auf kaufm. Büro zwecks weiterer Ausbildung.
Angebote unter A. B. 163 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Neue Herrenschuhe
(Gr. 43) zu verkaufen.
Wellenkamp 13, III

Mahagoni-
Kinderbettstelle
mit Matratze zu verkaufen. Zu erfragen
Hagener Straße 18, part.

Kinderwagen
elfenne Kastenform, zu kaufen gesucht.
Bearbeit. Geschäftsst.

Gasbuken mit Tischen
billig zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsst. d. Ztg.

Wohnungstausch!
Wer tauscht 4 Zimmer in Wuppertal mit Kinderboden? Angeb. unter Nr. 44 a. die Geschäftsst. d. Ztg.

Wohnungstausch.
Schöne 3 Zim.-Wohnung mit Stall und Gartenland gegen eine gleiche zu vertauschen. Ewald Mirkes, Schmalenbruch 13.

Bekanntmachung.
Geld gefunden.
Gevelsberg, 11. Febr. 1921.
Die Polizeiverwaltung.

Von Hagener Straße bis Mittelstr. Linie
rote Korallenkette
mit Anhänger verloren. Gegen Belohnung abzugeben
Hagener Straße 23.

Junge Witwe (8 Jahre alt, wünscht Bekanntschaft mit ehrlichem strebsamen Arbeiter im Alter von 40—50 Jahren, zwecks späterer Heirat. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg
Heute abend ½9 Uhr in der Kirche:
Passions-Andacht.
(Anschließend Abendmahlsfeier.) P. Schlormann

Obst- und Gartenbau-Verein.
Verteilung v. Thomasschlacken
am Donnerstag, den 17. Febr., von 2—7 Uhr, bei Schelter, Feuerstr. 46.
Der Ztr. kostet 46.— Mark.

Gelbes Huhn
zugelaufen. Beim Erstattung des in meinem Garten angerichteten Schadens kann dieses abgeholt werden. Ich ersuche nochmals meine Nachbaren, ihre Hühner festzusperren.
F. H. Rüggeberg,
Hagener Str. 62.

Käthe Rahmlow, Dortmund über: **„Wir Frauen und die Wahl"**

Oskar Funcke, Hagen über: **„Westfalens Parlament"**

heute abend 8 Uhr in der Haufe. **Deutsche Volkspartei.**

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Kapitalertragsteuererklärung.

Wer in der Zeit vom 31. März bis 31. Dezember 1920 fällig gewordene Kapitalerträge der nachbezeichneten Art:

1) Zinsen von Hypotheken und Grundschulden, Renten und Rentenschulden,
2) Zinsen von Forderungen, die auf Grund einer Vereinbarung entrichtet werden, insbesondere aus Darlehen, Kautionen, Hinterlegungsgeldern, Abrechnungsgeldern, Kontokorrent- und sonstigen Guthaben, Zinsen von Warenforderungen gesetzliche Zinsen usw. (ausgenommen Sparkassen- und Bankzinsen),
3) wiederkehrende Rentenbezüge,
4) Diskontbeträge von inländischen Wechseln und Anweisungen, einschließlich der Schatzwechsel,
5) ausländische Kapitalerträge aller Art, auch aus Wertpapieren, bezogen hat, hat eine Kapitalertragsteuererklärung bei dem für ihn zuständigen Finanzamt abzugeben.

Die Verpflichtung zur Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung besteht ohne Rücksicht auf die Höhe der bezogenen Erträge und auch dann, wenn die oben bezeichneten Erträge in einem land- oder forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe anfallen; lediglich über Diskontbeträge (Nr. 4) ist eine Erklärung nur abzugeben, soweit es sich um Kapitalanlagen handelt.

Die Frist zur Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung läuft für alle Steuerpflichtigen mit Ausnahme derjenigen, welche zur Abgabe einer Körperschaftssteuererklärung verpflichtet sind, vom 1. bis 22. März 1921.

Diejenigen Steuerpflichtigen, welche eine Körperschaftssteuererklärung abzugeben haben, haben die Kapitalertragsteuererklärung gleichzeitig mit jener Erklärung abzugeben. Die Frist hierfür wird noch festgesetzt.

Bei verspäteter Abgabe der Steuererklärung kann ein Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden. (§ 170 der Reichsabgabenordnung.)

Eine Verpflichtung zur Abgabe der Kapitalertragssteuererklärung besteht auch, wenn ein Vordruck zu der Steuererklärung nicht zugesandt ist. Vordrucke werden vom unterzeichneten Finanzamt bis zu 2 Stück unentgeltlich abgegeben. Wer mehr als 2 Vordrucke verlangt, hat die Kosten für die weiteren Stücke zu erstatten. Zusendung durch die Post erfolgt nur bei Beifügung des Portos.

Die Prüfung der Steuerpflichtigkeit steht dem Finanzamt, nicht dem Steuerpflichtigen zu. Sämtliche Fragen des Vordrucks sind zu beantworten. Die Steuererklärung kann schriftlich oder mündlich in den dazu bestimmten Stunden vor dem Finanzamt abgegeben werden.

Die Frage einer etwaigen Anrechnung der Kapitalertragssteuer auf Grund des § 44 des Einkommensteuergesetzes wird bei der Veranlagung zur Einkommensteuer entschieden.

Die Hinterziehung der Kapitalertragssteuer wird mit einer Geldstrafe in ein- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft, daneben kann auf Gefängnis erkannt werden.

Schwelm, den 15. Februar 1921.

Finanzamt. Dr. Springorum, Reg.-Rat.

Kaufen Sie



bestes

Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Bruchleidende

fühlen sich nicht mehr gebrochen beim Tragen meines elastischen Tag und Nacht tragbaren Bruchbandes Triumphe. Seit Jahren erprobt. Für jeden Bruch Extraanfertigung. Viele Dankschreiben. Reelle Bedienung. Leibe, Nabel- u. Bauchbinden, Gerabehalter, Suspensoir, Gummistrümpfe. Besuchen Sie meinen Laden. Vertreter in

Hagen, Samstag, 19. Febr., 9–6 Uhr, Hotel „Zur Reichspost".

L. DOGISCH, Stuttgart, Schwabstr. 38 A, Gegr. 1894

Ia. Nußkohlen

für Hausbrand liefert prompt

C. Westermann, Kohlenhandlung

Telefon 766. Telefon 766.

Ganahl

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Milchstraße 36.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 7 Uhr:

Aufsehenerregender Spielplan.

Harry Piel

in der stärksten Sensation:

Der Verächter des Todes.

7 Akte. Höchste Spannung! 2500 Meter. Kindesraub durch einen Menschenaffen, eine Fülle wuchtiger Ereignisse, toller Wagnisse, verzweifelter Kämpfe nervenspannender Verfolgungen fesseln den Zuschauer auf das höchste.

Ein Werk unendlicher Spannung.

Asta Nielsen — Paul Wegener

die beiden bekannten Filmgrössen in dem überwältigenden Drama

Steuermann Holk.

5 Akte nach dem Roman von Kurt Küchler. Erstklass. Spiel! Spannende Handlung.

Ab 8 Uhr noch der ganze Spielplan.

Für Industrie und Handel liefern vorteilhaft:

Kristall-Soda
Salmiakgeist
Wasserglas, filtriert
Kreide deutsche und französische.

F. & R. Wüsing,
Chemikalien-Großhandlung
Gevelsberg. Fernsprecher 90.

KONFIRMANDEN-ANZÜGE

blau Kammgarn, Cheviot, Melton

Große Qualitäten
Moderne Macharten
Beste Verarbeitung
Billigste Preise
Größte Auswahl

Hermann Weiss
BARMEN, Ecke Heubruch u. reform. Kirchstraße.

Nur für verheiratete Damen,

die sich über Hausfrauenpflichten wegen nicht um ein neues Kochbuch kümmern können, ist es noch ein Geheimnis, daß der Teint ohne viel Mühe rein, glatt, rein und zart bleiben kann, wenn regelmäßige Waschungen mit Rob-Serano-Mandelkleie benutzt werden. Rob-Serano-Mandelkleie [illegible] Unreinheiten der Haut, wie Mitesser und Pickel, seine zarte Frische, belebt und erfrischt die Haut und macht sie trotz Küchenherd und Waschkessel blumenzart und jugendfrisch. Auf Land-Wanderfahrten ist überall erhältlich.

1921

Sind Sie für Erhöhung Ihres Umsatzes u. Gewinnes?

Dann unterhalten Sie eine regelmäßige Anzeigenreklame im Heimats- u. Familienblatte. Zahlreich sind die neuen Kunden die Sie auf diese Weise werden. Etwas **Besseres** gibt es nicht. Fordern Sie unverbindliches Angebot.

Nebenverdienst!

Leistungsfähige Tabakwaren-Grosshandlung sucht für Gevelsberg und Umgegend einen

Herrn

zum Verkauf von Zigaretten, Rauchtabak und Hausmacher Kautabak (nur la. gut verkäufliche Ware) gegen hohe Provision. Bei Sicherheitsstellung auch Kommissionslager eingerichtet. Nur solche Herren wollen sich melden, welche bei Kolonialwarengeschäften, Wirten, Friseuren eingeführt sind, unter **Nr. 2486** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ein erfahrenes **Mädchen** sucht **Frau Karl Plingsten,** Hatzper Moerder Straße 56.

Ein tüchtiges **Mädchen** für halbe oder ¾ Tage, bei gutem Lohn in kleinen Haushalt gesucht. Zu erfr. in der Geschäftsst. d. Ztg.

Einladung

zu einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Donnerstag, den 17. Februar 1921, nachmittags 6 Uhr im Rathaussaal.

Tagesordnung:

1. Verteilung d. Sparkassenüberschusses für das Rechnungsjahr 1919.
2. Niederschlagung von uneinbringlichen Steuerbeträgen und nachträglich verzogenen Personen.
3. Erhöhung des Beitrages für die Mitglieder der Wasserwerksgenossenschaft Hilfmasse zu Milspe.
4. Einheitliche Ordnung für die Erhebung u. Verwaltung für die Ausstellung von polizeilichen Bescheinigungen und dergl.
5. Anderweitige Regelung der vorübergehend in Wegfall kommenden Bürodiätenstelle.
6. Uebernahme eines Betrages aus der Landkreissteuer an den Stadtkreis, für die Übernahme in Oberschlesien.
7. Aufnahme der restlichen 2 Millionen Mark in die Sparkasse.
8. Erhöhung des Beitrages für den deutschen Bund für Kinderschutz u. Säuglingsschutz.
9. Mitteilungen.

Hierauf vertraul. Sitzung.

Der Bürgermeister.
J. V.: Müller.

Junges **Mädchen,** welches die Handelsschule besucht, für leichte Büroarbeiten sofort gesucht. Schriftliche Angebote sind unter W. B. 100 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung zu richten.

Nicht zu junges **Mädchen** für ganze oder halbe Tage, welches zu Hause schlafen kann, zum 1. März gesucht.

Frau Aug. Zimmermann, Mittelstraße 30.

Zum baldigen Eintritt wird für hier zu errichtenden Haushalt ein älteres tüchtiges Küche und Hausarbeit bestens erfahrenes **Mädchen** gesucht. Morgenmädchen vorhanden. Näheres Kornerstraße 61.

Jung. Morgenmädchen für sofort gesucht. Wittener Straße 4.

Tüchtig. Morgenmädchen gesucht. Frau Heinr. Overhoff, Hochstraße 21.

Suche für meine Tochter, welche die Handelsschule besucht hat, Stelle als kaufmännischen Bu- u. Stenotypistin. Gute Zeugnisse vorhanden. Ang. wolle man machen unter K. 49 an die Geschäftsstelle.

Suche für meinen Sohn zum 1. April oder später Lehrstelle bei einem tüchtigen Schlossermeister.

Angebote unter H. M. 11 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Fuhrleute

zum Fahren von Silschede nach Vogelsang gesucht.

Friedr. Bollmann, Telephon 546.

Suche für sofort oder Ostern einen

Lehrling

zur Erlernung der Hand- und Maschinenhäkelei.

Hermann Buck, Feilenfabrik.

Wegen Krankheit des jetzigen suche auf baldmöglichst ein treues, ehrliches

Küchenmädchen,

das auch bürg. Kochen, Backen und Einmachen kann. Sehr gute Behandlung, Lohn u. Verpflegung. (Zwei Mädchen vorh.) Schriftl. Ang. mit Zeugnisabschr. erb. an

Frau Aug. Stock, Barmen, Schuchardstraße 12. Nähe Fernhaus.

Wegen Heirat des jetzigen per 15. April oder 1. Mai ein treues, fleißiges und kinderliebes

Mädchen

für alle Hausarbeiten gegen hohen Lohn gesucht. Angebote unter R. R. 100 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Ordentliches

Dienstmädchen

für Haus- und Gartenarbeit zum 15. März gesucht. Lohn 100.— Mark ohne jeden Abzug. Hilfe vorhanden.

Frau H. Lindenberg, Schwelm, Dienstraße 68.

Wegen Krankheit des jetzigen, sauberes

Mädchen

für ganze oder halbe Tage gesucht. Frau Mollenkopf, Ebelfelder Str. 19.

Achtung! **Achtung!**

Hingerichtet sind alle Augen auf das heutige billige Angebot.

Mittwoch, den 16. ds. Mts. findet im Lokale des Herrn Ewald Schilken, Haufe, ein

Großer Ausverkauf in Herren-, Burschen- u. Konfirmanden-Anzügen

statt. Die Anzüge sind alle aus la. Stoffen, guten Zutaten, sowie auf echtes Leinen und Rosshaar nach den neuesten Moden gearbeitet. Besichtigung ohne Kaufzwang!

Ersatz für Maß!

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
325.–	375.–	450.–	550.–

Nur 1 Tag!